

Strengere Regeln für staatliche Institutionen

Ein Public-Corporate-Governance-Gesetz für die Kantonalbank und 36 weitere kantonale Beteiligungen

Von Thomas Dähler

Liestal. Filz, politische Machenschaften und fachliche Inkompetenz sollen im Umgang mit kantonalen Beteiligungen an verselbstständigten Organisationen und privatrechtlichen Firmen ausgeschlossen sein: Die Baselbieter Regierung hat ein Public-Corporate-Governance-Gesetz in die Vernehmlassung geschickt. Finanzdirektor Anton Lauber stellte das neue Gesetz zusammen mit der Revision des Kantonalbankgesetzes gestern den Medien in Liestal vor. Können die neuen Regeln im Umgang mit den Beteiligungen wie vorgesehen im Frühling 2017 in Kraft treten, verfügte Baselland in dem Bereich über die strengste Gesetzesregelung aller Kantone.

Baselland ist erst der dritte Kanton, der die Public Corporate Governance überhaupt gesetzlich regeln will. Die Regierung in Liestal reagiert damit auf die Forderungen nach einem moderneren Beteiligungsmanagement und auf die im Frühling 2014 eingereichte Volksinitiative für einen unabhängigen Bankrat. Offen



Anton Lauber.

ist, ob das neue Gesetz die Initianten dazu bewegen kann, ihr Begehren zurückzuziehen.

Aus für Mandatssteuern

Setzt sich der Regierungsrat mit dem neuen Gesetz durch, werden die strategischen Führungsorgane entpolitisiert und das Parlament ausschliesslich mit der Oberaufsicht beauftragt. Die Regierungsaufgaben beschränken sich demgegenüber auf die Festlegung von Eigentümerstrategien und auf die Aufsicht über die Institutionen mit kantonalen Beteiligungen. Verwaltungsratsmitglieder sollen auch von den Parteien unabhängig werden: Verpflichtungen, Mandatssteuern an die Parteien abzuliefern, wären nicht mehr zulässig.

Michael Bammatter, Generalsekretär der Finanzdirektion, erklärte, damit könnten künftig Interessenkonflikte vermieden und die politische Unabhängigkeit der Beteiligungen gestärkt werden. Auch wenn Mandatssteuern künftig verboten seien, wären die Institutionen frei, Beiträge an die Parteien zu leisten. Parteispenden müssten jedoch in jedem Fall offengelegt werden.

Bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB) soll künftig der Bankrat verkleinert und seine Mitglieder und der Präsident sollen neu von der Regierung gewählt werden. Damit würde



Mehr Unabhängigkeit. Die Basellandschaftliche Kantonalbank erhält künftig einen Bankrat ohne Mandatsträger aus Politik und Verwaltung.

auch den negativen Erfahrungen mit politisch geführten Geldinstituten andernorts in der Schweiz Rechnung getragen.

Gültigkeit erhalten soll das neue Gesetz für sämtliche 37 Institutionen – sowohl für jene, bei denen der Kanton alleiniger Träger ist, als auch für privatrechtliche Institutionen und solche mit interkantonalen Beteiligungen. Politisch

sensibel würden die neuen Regeln ausser für die Kantonalbank auch insbesondere für das Kantonsspital, die Psychiatrie Baselland, die Universität Basel, die Fachhochschule Nordwestschweiz, die Schweizerischen Rheinhäfen Port of Switzerland, die Messe Schweiz, den EuroAirport und die Baselland Transport AG (BLT). Einfluss nehmen würde die Regierung künftig

nur noch über eine Eigentümerstrategie – bei der Universität etwa eine alte Forderung. Die Eigentümerstrategien sollen in die Kompetenz der Regierung fallen, mit einem Vetorecht für den Landrat mit Zweidrittelmehrheit.

Keine VR-Mandate für Regierung

Regierungsräte, Landratsmitglieder und Verwaltungsangestellte dürfen nicht mehr Einsitz im Verwaltungsrat oder in entsprechenden strategischen Führungsgremien nehmen – ausser Regelungen aus anderen Kantonen werden in die Eigentümerstrategie übernommen. Gewählt werden sollen die Mitglieder der Verwaltungsräte und anderer strategischer Führungsgremien durch die Regierung. Strikte getrennt werden sollen künftig die Aufsicht und die Oberaufsicht über die Beteiligungen. Aufsichtsorgan wäre jeweils der Regierungsrat, während die Oberaufsicht beim Parlament liegen soll.

In das revidierte Kantonalbankgesetz einfließen sollen auch die neuen internationalen Bankregeln von «Basel III». Es regelt insbesondere die Eigenmittelausstattung der Banken. Die BLKB soll künftig das Partizipationskapital gleich behandeln wie das Dotationskapital. Das Zertifikatskapital wird von der Staatsgarantie ausgenommen.

Asylunterkunft bleibt offen

Arlesheim weicht von ursprünglichem Plan ab

Arlesheim. Der Gemeinderat von Arlesheim reagiert auf den anhaltenden Flüchtlingsstrom. Er hat beschlossen, dem Bund die Zivilschutzanlage Alst bis Ende Jahr weiterhin als vorübergehende Notunterkunft für Asylsuchende zur Verfügung zu stellen. Ursprünglich war geplant, die Anlage im Januar zu schliessen, teilt der Gemeinderat mit.

Als Gründe werden der nach wie vor vorhandene Raumbedarf genannt, auch funktioniere die Zusammenarbeit zwischen dem Staatssekretariat für Migration, dem Betreuungsteam und der Verwaltung ausgezeichnet, heisst es in der Mitteilung weiter. Zudem stünden die Räumlichkeiten zur Verfügung.

Zudem wird in der Wielandschule ein Erstaufnahmезentrum des Kantons für unbegleitete minderjährige Asylsuchende eröffnet, heisst es in der Mitteilung der Gemeinde weiter. Die ersten Jugendlichen werden Anfang Februar in Arlesheim erwartet. Das Zentrum bietet Platz für 25 Personen. ch

SP gibt zweiten Gemeinderatssitz preis, FDP tritt gar nicht erst an

Parteiunabhängige Gruppierungen haben in der Sissacher Politik das Sagen

Von Christian Horisberger

Sissach. Der Flyer der SP Sissach für die Gemeindevahlen ist einer staats-tragenden Partei nicht würdig. Auf einer Seite des Flugblatts wird Finanzchef Lars Mazzucchelli zur Wiederwahl empfohlen, auf der Rückseite macht die Partei den Stimmbürgern Sibylle Garcia, Stefanie Waldburger und Bernhard Dähler für die Gemeindekommission beliebt – alles Parteilose. Hinzu kommt: Im Gemeinderat gibt die Linkspartei einen Sitz kampflös preis, nachdem sich der 69-jährige Paul Bieri nicht für eine dritte Amtsperiode motivieren liess. Was ist los mit den Linken in Sissach?

«Viele potenzielle SP-Sympathisanten heuern bei der Stechpalme an», stellt der Sissacher SP-Landrat Stefan Zemp nüchtern fest. Wohl ein Drittel der Stechpalme-Mitglieder würden sich aufgrund ihrer politischen Gesinnung genauso gut bei der SP einschreiben können, schätzt er. Die Stechpalme sei «ein Auffangbecken für alle, die im Dorf Politik machen, aber keine Farbe bekennen wollen», so Zemp. Das Spektrum

der Vereinigung ist tatsächlich breit. Sie steht primär für Natur- und Umweltschutzanliegen, ihr Profil in sozialen und Wirtschaftsfragen ist dagegen unscharf.

Zemp hütet sich aber davor, für das eigene Schwächeln alleine die Konkurrenz verantwortlich zu machen. Die SP Sissach und Umgebung habe die Basisarbeit in den vergangenen Jahren arg vernachlässigt. Dies habe sich die Ortsgruppenleitung selber zuschreiben, und mit dem Itinger Landrat Jürg Degen habe man einen Präsidenten, der zu weit weg vom Geschütz ist.

Die Stechpalme dagegen ist ein Gewächs, das nur auf Sissacher Boden grünt und blüht. Bis vor wenigen Jahren stellte sie drei Gemeinderäte, aktuell sind es zwei: Gemeindepräsident Peter Buser und Andreas Lutz, der nicht mehr antreten wird. An seiner Stelle steigt der frühere *Volksstimme*-Chefredaktor und «Nachtcafé»-Talker Robert «Bobby» Bösiger ins Rennen.

Für die Gemeindekommission kandidieren sechs Mitglieder der Stechpalme. Aktuell stellt sie mit acht Vertre-

tern im 15-köpfigen Gremium die Mehrheit. Zweitstärkste Kraft ist das bürgerliche Sammelbecken Pro Sissach mit fünf Mitgliedern. Die SP stellt wie die FDP gerade mal ein Kommissionsmitglied.

FDP in die Verantwortung

Das Wort «beschämend» will Landrat Stefan Zemp angesichts der Kandidatenmisere nicht hören. Immerhin stelle man einen Gemeinderatskandidaten und für die Gemeindekommission auch Frauen – im Gegensatz zur FDP. Deren Vertreter hätten sich unlängst erst für die millionenteure Kunststeinbahn ausgesprochen. Wenig später habe die FDP dem Gemeinderat «in die Suppe gespuckt» und die beantragte Steuererhöhung zu Fall gebracht. «Sollen die doch wegen maroder Wasserleitungen mit Handwerkern diskutieren und die Knochenarbeit leisten», fordert der Landrat und Selbstständige Hafner.

Den Vorwurf lässt Saskia Schenker nicht unwidersprochen. «Wir hätten sehr gerne Verantwortung übernommen», sagt die Präsidentin der FDP

Sissach und Umgebung. Die Sissacher Freisinnigen hätten nach dem Bruch in der FDP/SVP-Allianz «Bürgerliche Sissach» sehr stark für den Wiederaufbau gearbeitet, auch im Hinblick auf die Wahlen. «Aber so gerne wir jemanden gebracht hätten, wir müssen anerkennen, dass es noch zu früh ist für eine Kandidatur neuer Kräfte.» Für die Gemeindekommission aber stelle die FDP vier Kandidierende.

Der SVP ist es zu verdanken, dass es im Bezirkshauptort genügend Kandidierende für die sieben Sitze im Gemeinderat gibt. Sie schickt den 63-jährigen Fredi Binggeli ins Rennen. Der Frühpensionierte suche nach einer internationalen Berufskarriere eine neue Herausforderung, teilt die Partei mit. Bleiben bis zum Wahltag Überraschungen aus, dürfte sich der Gemeinderat ab Sommer wie folgt zusammensetzen: Gieri Blumenthal, Beatrice Mahrer, Daniel Stocker (alle parteilos, bisher), Peter Buser (Stechpalme, bisher), Lars Mazzucchelli (SP, bisher), Robert Bösiger (Stechpalme, neu) und Fredi Binggeli (SVP, neu).

SVP gibt in Therwil forfait

Oscar Kämpfers Partei tritt an seinem Wohnort nicht zur Gemeinderatswahl an

Von Joël Hoffmann

Therwil. In Therwil wäre der Gemeinderat am 28. Februar beinahe in stiller Wahl bestätigt worden. Denn lange sah es so aus, dass ausser Ursula Jäggi (SP) alle bisherigen Gemeinderäte wieder antreten und die SP mit Virginie Villinger den vakanten Sitz einnehmen wird. Doch nun verdirbt die GLP-Politikerin Liliane Gitz die vorzeitige Wahlparty. Nun können Therwiler auswählen zwischen SP, CVP, FDP und GLP.

Doch die SVP, die noch 2015 mit Roland Franke zur Gemeinderatsersatzwahl angetreten ist und brutal scheiterte, hat nun genug von den traditionellen Niederlagen bei den Gemeinderatswahlen in Therwil. Im *Birsigtal Boten* gab die Partei bekannt, dass sie auf eine Nomination für den Gemeinderat verzichte und in der Opposition bleibe, weil die anderen Parteien keinen Sitz an die SVP abgeben wollen.

Diese Begründung sorgt für Häme. Die Rolle des Spötters übernahm kein Geringerer als der kürzlich zurückgetretene alt Gemeinderat Gregor Gschwind. Der Ehrenpräsident der CVP teilt im *Birsigtal Boten* gegen die SVP aus, als wäre die Volkspartei Konkurrentin der CVP. Unter dem Titel «SVP wirft Flinte ins

Korn» griff er die Verzichtserklärung der SVP auf und kommentiert: «Eigentlich schade, dass die SVP warten will, bis die anderen Parteien einen Sitz freiwillig abgeben wollen, zumal ein Rücktritt zu verzeichnen ist», schreibt er. So weit, so nett, doch dann dreht Gschwind auf:

«Der SVP ist wohl entgangen, dass die Bevölkerung den Gemeinderat wählt.»

Gregor Gschwind, alt Gemeinderat

Der SVP sei wohl entgangen, dass die Bevölkerung den Gemeinderat wählt und nicht die Parteien. «Schade, dass wir so nie erfahren werden, welche qualifizierten Kandidaten/Kandidatinnen sich zur Nomination zur Verfügung gestellt hätten, wenn ...!»

Therwil, die Anti-SVP-Gemeinde?

«Ohne Unterstützung anderer Parteien haben wir bei einer Majorzwahl kaum Chancen. Unsere Wählerbasis ist schlicht zu klein», erklärt Oskar Kämpfer, der selber vor zirka acht Jahren, damals noch als Sektionspräsident, vergeblich für den Gemeinderat kandi-

diert hatte. Die Angriffe des alt Gemeinderats Gschwind nehme er gelassen entgegen. Man habe zwar gute Leute, doch diese würden aus beruflichen und privaten Gründen nicht kandidieren wollen. Folgt man jedoch Kämpfers Argumentation, dass man ohne die Hilfe anderer Parteien keine Wahl gewinnen könne, heisst das auch: Keiner der valablen Kandidaten will sich «verheizen» lassen.

Dennoch: Kein SVP-Kandidat in der Gemeinde des Präsidenten der SVP Baselland – das ist eine Bankrotterklärung. Kämpfer reagiert auch auf diesen Einwand gelassen: «Das kann man so sehen. Aber wir verschliessen uns nicht vor der Realität. Wir haben hier in Therwil nicht den Erfolg, den wir gerne hätten», sagt er.

Doch wieso springt nicht der Parteipräsident selber wieder in die Bresche? «Eine Kandidatur des Parteipräsidenten würde zu stark polarisieren und wäre von dem her unglücklich. Auch ich hätte wohl kaum Wahlchancen», sagt Kämpfer. Ein anderer Grund ist auch das Alter: Kämpfer ist 62 Jahre alt. Sektionspräsident und Landrat Hans Jürgen Ringgenberg ist gar schon 66-jährig – und auch er kandidierte einst erfolglos für den Gemeinderat.



«Wirft Flinte ins Korn.» Der Baselbieter SVP-Chef Oscar Kämpfer muss sich Häme der politischen Gegner gefallen lassen.